

# Familienpolitische Informationen

Evangelische Aktionsgemeinschaft für Familienfragen

Peer Krumrey

## Im Vergleich: Schulpolitik in Schweden und Deutschland

In einem Atemzug mit PISA Musterschüler Finnland fällt oft auch der Name Schwedens, wenn es in der innerdeutschen Diskussion um erfolgreiche und zukunftsgerichtete Bildungspolitik geht. Ein näherer Blick auf die Verhältnisse zeigt jedoch, dass diese Sichtweise recht unreflektiert ist und das schwedische Schulsystem inzwischen vor weit reichenden Herausforderungen steht. Bei unserem nordischen Nachbarn gibt es seit geraumer Zeit eine öffentliche Diskussion über den Reformbedarf an Schulen, die auch für die deutsche Debatte Anregungen enthalten dürfte.

In der aktuell veröffentlichten PISA-Studie des Jahres 2006 mit dem Schwerpunkt auf den Naturwissenschaften hält Schweden zwar sein Bildungsniveau der Vorjahre, verliert im Vergleich zu anderen Ländern aber an Boden. Abgesehen von der Lesefähigkeit, wo das Land weiterhin über dem OECD-Durchschnitt liegt, reihen sich die schwedischen Schüler nun im OECD Durchschnitt ein und fallen damit unter anderem auch hinter die Ergebnisse der deutschen Altersgenossen zurück. Schon im Abschlussbericht der 2003er Untersuchung lag Schweden mit seinen Ergebnissen zwar noch über denen des OECD Durchschnitts und damit besser als Deutschland, aber doch weit entfernt von den Resultaten der PISA-Spitzenreiter. Seit Beginn der internationalen Vergleichsuntersuchungen gehört Schweden damit zu den Verliererländern. Im Gegensatz zur deutschen Debatte fand dieses Abschneiden in der Öffent-

lichkeit wie auch schon das im Jahr 2000 wenig Aufmerksamkeit. Dennoch war eine breite Unzufriedenheit mit dem gegenwärtigen schwedischen Schulsystem offenbar latent vorhanden, da das Thema im Wahlkampf 2006 eine Rolle spielte. Der oppositionellen bürgerlichen Allianz war es gelungen, die sozialdemokratische Regierung mit ihrer Forderung nach klar formulierten Lernzielen, die durch entsprechende Leistungskontrollen vermehrt überprüft werden sollten, in die Enge zu treiben. Analog zum als passiv wahrgenommenen Ministerpräsidenten Göran Persson erhielt die sozialdemokratische Schulpolitik im Wahlkampf den Anstrich eines Anachronismus. Damit reihte sich das Thema Schulpolitik in die Liste der Punkte ein, die unmittelbar zur Abwahl der Regierung Persson geführt hatten. Dies erkannte auch die schwedische Arbeiterpartei (SAP) und bekannte in ihrer Nachwahlanalyse offensiv, dass die Partei in Schulfragen ein Glaubwürdigkeitsproblem hat.

Dementsprechend erklärte die in der Folge der Wahlniederlage neu gewählte Parteivorsitzende Mona Sahlin expressis verbis die Schulpolitik zur Priorität. Genau genommen ist die Diagnose eines »Glaubwürdigkeitsproblems« an und für sich ein Eingeständnis des Scheiterns der bisherigen Linie, wenn man sich vor Augen führt, dass die Partei in den letzten 20 Jahren nur drei Jahre nicht an der Macht war.

In dieser Ausgabe lesen Sie:

### Artikel

<b>Peer Krumrey</b> Schulpolitik in Schweden und Deutschland – ein Vergleich .....	Seite 1
<b>Jan Wulf-Schnabel</b> Väter in Elternzeit – neue Bildungskonzepte .....	Seite 6

### Nachrichten aus den Mitgliedsverbänden

Bundesverdienstkreuz Brunhilde Raiser.....	Seite 8
<b>Zum Jahresende</b>	
Weihnachtsgruß .....	Seite 5
Stichworte FPI 2008 .....	Seite 8

## Die einheitliche Gemeinschaftsschule

Das Interessante an den innerschwedischen Auseinandersetzungen um die Schulpolitik ist, dass die Konfliktlinien auf anderen Feldern verlaufen als man dies aus deutscher Perspektive erwarten könnte. Die in der Bundesrepublik so umkämpfte Gemeinschafts- oder Gesamtschule existiert in Schweden bereits seit den frühen 60er Jahren und wurde allgemeinverbindlich 1972 als *grundskola* eingeführt. Damit war Schweden hier ein Vorreiter und wurde zum Vorbild innerhalb der nordischen Staaten. Die harten ideologisch gefärbten Auseinandersetzungen über dieses Thema sind längst Vergangenheit und heute akzeptieren sowohl Sozialdemokraten als auch die bürgerlichen Allianzparteien diese Schulform. Schwedens Schulwesen ist somit weitgehend egalitär organisiert. Es gibt einen obligatorischen neunjährigen Schulbesuch für alle Schüler im Alter zwischen 7 und 16 Jahren. Das Gros der Schüler besucht so eine landesweit gleich organisierte Grundschulstufe. Diese *grundskola* ist eine für alle Schüler kostenlose Ganztagschule, in der ein »Sitzen bleiben« der Schüler nur in Ausnahmefällen und mit Zustimmung der Eltern geschehen darf. Stattdessen sollen die Schüler für den Fall eines Lernrückstands individuelle Förderung erhalten. Nach Abschluss der Grundschule besteht die Möglichkeit, auf ein Gymnasium zu wechseln, was im Schuljahr 2005/2006 97,6 % der Schüler taten, die die Grundschule beendet hatten. Dieser Anteil entspricht dem der Vorjahre. Zwei Drittel der Gymnasiasten schließen die Gymnasialstufe nach den vorgeschriebenen drei Jahren erfolgreich ab und erwerben damit gleichzeitig ihre Hochschulreife. Das Gymnasium ist zweigleisig organisiert und bietet einen studienvorbereitenden und einen berufspraktischen Zug an, wobei im Rahmen beider Züge gegenwärtig 17 landesweite Kurs- bzw. Fächerkombinationen angeboten werden.

## Problemfelder und Reformbedarf

Somit sind einige der wichtigen in Deutschland diskutierten Strukturansätze wie Ganztagschule, eingliedriges Schulsystem oder individualisierter Förderunterricht in Schweden umgesetzt worden. Dies allein führt allerdings auch nicht zu einem Spitzenplatz im Bildungsvergleich. In dem seit 1998 landesweit durchgeführten Vergleichstest in der neunten Klasse, wo die Fähigkeiten in Mathematik, Englisch und Schwedisch bzw. Schwedisch als Zweitsprache geprüft werden, steigt die Durchfallquote seit nunmehr 10 Jahren beständig. In ihrem Lagebericht an die Regierung für das Schuljahr 2006/2007 kommt die schwedische Schulbehörde *skolverket* zu dem Ergebnis, dass die generelle Entwicklung im schwedischen Ausbildungssystem, speziell der gymnasialen Stufe, negativ ist: Es erreichen nur 70 % der Schüler des Gymnasiums ihren Abschluss nach den vorgesehenen drei Jahren, was verglichen mit dem Anteil von fast 100 % der Schüler, die von der Grund-

schule auf ein Gymnasium wechseln, als bedenklich eingestuft wird. Auch wenn man ein Jahr mehr Zeit lässt, also ein Wiederholung- bzw. Unterbrechungsjahr einplant, steigt der Anteil lediglich auf 75 %. Aufgrund des egalitären Systems spielt eines der Hauptprobleme des deutschen Ausbildungssystems – die zu frühe Aufgliederung der Schülerschaft auf einen sie festlegenden Bildungsweg und die damit verbundene geringe Akademikerquote – in Schweden keine Rolle. Fast die Hälfte aller Schüler (43 %) begann 2002 innerhalb von drei Jahren nach Beendigung ihrer Schulzeit im Gymnasium mit einem Hochschulstudium.

## Sorgenkind Berufsbildung

Das Berufsbildungssystem für Nicht-Akademiker hingegen steht massiv in der Kritik. Hauptvorwurf des bürgerlichen Lagers an die lange Jahre verantwortlichen linken Parteien war, dass sie im Prinzip eine ideologie-gefärbte Klassenpolitik betrieben hätten, die an den Bedürfnissen der Gesellschaft, des Arbeitsmarktes, aber auch vieler Schüler vorbeigegangen sei. Die Berufsbildung erfolgte im Land bisher ausschließlich im Rahmen der Sekundarstufe der Gymnasien. Der Fokus sei hierbei, so der Vorwurf, viel zu sehr auf die akademische und egalitäre Ausbildung gelegt worden. Die Ausbildung sei zu theoretisch, ohne hinreichenden Praxisbezug, und die Kernfächer hätten in ihrer Zielsetzung akademisches Denken zur Maxime erhoben. Diese Politik habe zur hohen Anzahl von Schulabbrechern beigetragen und damit mittelbar auch zu der in Schweden hohen Jugendarbeitslosigkeit geführt.

Vor dem Hintergrund der Lissabonstrategie, die auch für berufliche Bildungspolitik die Ziele der größerer Gerechtigkeit, höherer Effizienz und Gewährleistung der Beschäftigungsfähigkeit formuliert, besteht für Schweden tatsächlich Handlungsbedarf. Die Arbeitslosenquote der unter 25-jährigen liegt im Land zurzeit bei über 20 % und damit deutlich höher als im europäischen Durchschnitt und auch höher als in Deutschland (15 %). Und sie steigt kontinuierlich seit 1995. Diese Situation wird zusätzlich dadurch verschärft, dass es einen vergleichsweise hohen Anteil von Schülern gibt, der auch die kommunale Erwachsenenbildung (*Komvux*), im Rahmen derer man die für einen Abschluss fehlenden Kurse nachholen bzw. auch Resultate nachbessern kann, ohne jede Form von Abschluss verlässt: Auf jeden vierten Schüler und jede fünfte Schülerin trifft dies zu.

Ab 2010 soll die bisher bestehende Gymnasialstufe umstrukturiert werden, wodurch man eine deutlichere Trennung in einen hochschulvorbereitenden und einen berufsvorbereitenden Bereich schaffen will. Die von der Allianzregierung angestrebte Reform des Berufsbildungssystems beruft sich dabei ausdrücklich auf das deutsche duale System als Vorbild.



Zurzeit befindet sich die Regierung aber noch in der konzeptionellen Phase, so dass konkrete Vorschläge von den eingesetzten Fachkommissionen nicht vor Frühjahr 2008 zu erwarten sind. Der bisherige Anspruch, dass jeder Schüler unabhängig von seinem belegten Programm mit Abschluss der Gymnasialstufe die offizielle Hochschulreife erreicht, dürfte dann wohl entfallen. Weiterhin zeichnet sich ab, dass die bisherige Durchlässigkeit im System zugunsten einer Stärkung und Verbesserung der berufspraktischen Ausbildung reduziert wird. Dies wird auch daran deutlich, dass die Korrigierbarkeit des am Gymnasium erworbenen Abschlusses durch nachholende Kurse in der Erwachsenenbildung (Komvux) abgeschafft werden soll. Die massive Streichung der staatlichen Fördermittel für diesen Bereich unterstreicht dies.

### Schulbildung durch private Träger

Ein zweites Problemfeld in der gegenwärtigen schwedischen Bildungspolitik wird von der Kontroverse um die private oder öffentliche Trägerschaft der Schulen markiert. Die seit einem Jahr amtierende Mitte-Rechts-Regierung greift dabei verstärkt auf ein 1992 von der ebenfalls konservativen Regierung Bildt verabschiedetes Gesetz zur Regelung von nicht staatlichen Schulen zurück, um ihrer Präferenz für Schulen in privater Trägerschaft Nachdruck zu verleihen. Darin wurde die Möglichkeit geschaffen, eine privat organisierte Schule beim schwedischen Staat anzumelden und, sofern die Schule den gesetzlichen Vorgaben entspricht, für jeden Schüler den gleichen finanziellen Betrag aus dem Staatsbudget zu erhalten wie eine staatliche Schule. Der ursprüngliche Gedanke bei der Einrichtung von Schulen in privater Trägerschaft war, innovativen Schulformen und engagierten Lehrerkollegien die Möglichkeit zu geben, Schule sowohl pädagogisch als auch wirtschaftlich effizienter zu betreiben. Damit sollte auch ein gewisser Leistungsdruck auf die staatlichen Schulen erzeugt werden. Für diese Form der freistehenden Schule hat sich der Sammelbegriff Freischule (»friskola«) durchgesetzt. Seit dem Antritt der neuen Allianzregierung erlebt diese Schulform einen wahren Boom. Der Grund hierfür dürfte darin zu suchen sein, dass die Verantwortlichkeit für Schulen inklusive ihrer Finanzierung seit der Kommunalisierung von 1990 auf Seiten der Kommunen liegt. Die Zulassung und Registrierung aber erfolgt weiterhin auf der nationalen Ebene. Aus diesem Grund kann die nationale Regierung die Entstehung von Freischulen massiv fördern.

Diese Entwicklung stößt auf breite Kritik, weil sie im Prinzip einer Privatisierung des Bildungssektors Vorschub leistet, ohne hierfür klare Regeln vorzugeben. Gegenwärtig stellt sich die Situation so dar, dass das Gros der Freischulen in den Ballungszentren Stockholm, Göteborg und Malmö zu verzeichnen ist und dort dem einheitlichen Bildungssystem sukzessive

die Grundlage zu entziehen droht. 2006/2007 gingen zwar insgesamt 92 % der Grundschüler auf kommunale Schulen, gleichzeitig besuchte aber in den Ballungszentren der drei Großstädte schon jeder siebte Grundschüler eine freistehende Schule, womit der Anteil der freien Schulen den höchsten bisher gemessenen an der Gesamtzahl der Schüler erreicht. Die Kommunen können dem wenig entgegensetzen, weil sie keinen Einfluss auf die Schulplanung hinsichtlich der Zulassung neuer Schulen haben. Praktisch bedeutet dies:

- dass es bereits jetzt in einigen Gemeinden bzw. Stadtvierteln großer Städte mehr Plätze an Schulen als Schüler gibt;
- dass sich ein Trend hin zu Schulen in den »besseren Vierteln« der Städte ergibt, was die soziale Segregation fördert;
- dass die kommunalen Schulen mit denen in privater Trägerschaft konkurrieren müssen. Das führte in einigen Fällen bereits zu sozialer Ghettoisierung und zum Qualitätsverlust an kommunalen Schulen.

Auf das Beispiel Stockholm bezogen bedeutet die gegenwärtige Lage, dass ca. 10.000 neue Plätze auf Gymnasialniveau entstehen würden, wenn alle gestellten Anträge auf Freischulen bewilligt würden. Und das, obwohl die Prognose für die Schülerzahl in der Stadt rückläufig ist.

Darüber hinaus wird bemängelt, dass die privaten Freischulen inzwischen vielerorts – staatlich subventioniert – Profit erwirtschaften, während das unternehmerische Risiko sich in engen Grenzen hält, weil die jeweilige Kommune per Gesetz verpflichtet ist, eine Grundsicherung für die ansässigen Schüler zu gewährleisten.

In diesem Zusammenhang schlug der Verkauf des Tibble Gymnasiums in Täby, einer Gemeinde im Großraum Stockholm, hohe Wellen. Dort hatte eine konservative Stadtregierung wohl aus Demonstrationsgründen die äußerst erfolgreiche lokale Schule mitsamt ihrer Infrastruktur und einem Umsatz von mehreren Millionen Kronen gegen den Willen der Lehrkräfte und Schüler zu einem geringen Preis an die Direktorin verkauft, ohne dass es eine Ausschreibung gegeben hatte.

Daneben gerieten auch religiös orientierte private Schulträger in die Kritik, da es an Kontrollinstanzen für ihren Arbeitsalltag mangelte. Inzwischen wird generell Unmut darüber laut, dass gewinnorientierte Unternehmen die Freischulen als Geschäftsfeld entdecken konnten. Da die Einnahmeseite fix ist und die Schulen verpflichtet sind, gewisse Kernleistungen dem Lehrplan entsprechend zu erbringen, bestehen die Möglichkeiten für Freischulen Geld zu verdienen darin, an Leistungen zu sparen, die staatlich betriebene Schulen noch erbringen. Dies kann z. B. das Auslagern von kostenintensiven Angeboten wie naturwissenschaftlicher Laborunterricht sein, der stattdessen zum Beispiel in Blockseminaren in angemieteten Privatlabors von Firmen stattfindet. Aber auch Fixkosten für die Schulkrankenschwester, den Schulkurator oder die

Ausstattung von Einrichtungen wie Cafeteria oder Bibliothek können dem Rotstift zum Opfer fallen. Durch die schwedische Presse ging ein Fall, in dem ein Schuldirektor gleichzeitig auch als Hausmeister angestellt war. Auch kann man als Trend festhalten, dass die Bezahlung der Lehrkräfte bei Frei- und Kommunalen Schulen zwar auf gleichem Niveau liegt, die durchschnittlichen Wochenunterrichtsstunden für die Lehrer in den Freischulen aber höher liegen. Darüber hinaus zeigen sich in der Anzahl der Lehrer, die auf 100 Schüler kommen, Unterschiede zwischen freien Privat- und kommunal betriebenen Schulen. Auf letztere kamen im Schuljahr 2005/2006 in der Grundschule im Schnitt 7,5 Lehrer während erstere nur 8,4 Pädagogen aufzuweisen hatten.

### Die Professionalisierung der Lehrerbildung

In die Kritik geraten ist inzwischen auch das Qualifikationsniveau und -profil der Lehrerschaft. Die Schulbehörde, *skolverket*, bemängelte dies in ihrer Bestandsaufnahme für das Jahr 2006/2007. Im Schnitt hat jeder vierte Gymnasiallehrer (28,4 %) und jeder sechste Grundschullehrer (15,8 %) keinen pädagogischen Abschluss. Es herrsche mithin ein akuter Mangel an qualifizierten Lehrkräften, der sich vor allem in den berufsbildenden Zweigen der Gymnasien niederschlägt. *Skolverket* sagt voraus, dass zur Deckung des Bedarfs bei den berufsbildenden Zweigen im Zeitraum bis 2011 jährlich ca. 800 Fachlehrer ausgebildet werden müssten. Die Zahl der Staatsexamen in diesem Bereich lag im Jahr 2006 jedoch nur bei knapp 200. Vor allem in den Freischulen arbeitet ein großer Teil der Lehrer, die keinen pädagogischen Abschluss in der Lehrerbildung vorzuweisen haben. Hier liegt der Anteil laut *skolverket* bei den Gymnasiallehrern bei 49 % und bei den Grundschullehrern bei 34,7 %. In den kommunal betriebenen Schulen liegt dieser Anteil mit 22 % bzw. 14,3 % erheblich niedriger. Ob und wie sich dieser Mangel an Qualifikation in der Lehrerschaft auch in der Leistungsbilanz der Schulformen niederschlagen wird, bleibt abzuwarten.

### Zunehmende soziale Segregation

Sichtbar zu Tage treten in Schweden zunehmende Probleme auf dem Feld der sozialen Segregation, die somit auch Schwedens im Ausland oft bewundertes egalitäres Ausbildungssystem erreicht hat. Zwar besteht kein an ethnischen Linien orientiertes Schulproblem wie in Deutschland, wo Schüler mit Migrationshintergrund im Durchschnitt deutlich schlechtere Zukunftschancen als ihre Mitschüler haben. Aber auch in Schweden fällt ein wachsender Anteil der Schülerschaft aus dem allgemeinen Bildungssystem heraus. Allerdings ist es hier vielmehr der Faktor der sozialen Segregation, der die unterschiedlichen Zukunftsaussichten bestimmt. Mancherorts verlässt beinahe jeder zweite Schüler unabhängig von seinem ethnischen Hintergrund die Schule ohne Abschluss. Unter-

suchungen haben gezeigt, dass Jugendliche mit Migrationshintergrund bei schulischen berufsausbildenden Programmen zwar deutlich unterrepräsentiert sind, auf der anderen Seite aber überdurchschnittlich häufig in theoretisch ausgerichteten Bildungszweigen und in Post-Sekundarschulprogrammen vertreten sind. Dieser Befund spricht für die Heterogenität dieser Gruppe, deren Unterschiede sich nicht ethnisch, sondern sozial ableiten. Dies zeigt sich auch daran, dass im Schuljahr 2005/2006 in den Abschlussprüfungen nach der neunten Klasse die durchschnittliche Punktzahl der Mädchen mit Migrationshintergrund wie schon im Schuljahr 1998/1999 etwas höher lag als die der Jungen mit rein schwedischem Elternhaus! Dennoch bleibt festzuhalten, dass das Risiko, dass ein(e) Schüler(in) in der Gymnasialstufe die Ausbildung abbricht für Schüler mit Migrationshintergrund doppelt so hoch liegt wie bei den schwedischen Mitschülern. Gerade vor diesem Hintergrund scheint es problematisch, die soziale Segregation durch die Einrichtung von freistehenden Schulen weiter zu beschleunigen. Die Konkurrenz der Freischulen in den Ballungszentren schwächt genau die kommunalen Schulen, die bereits zuvor von Kindern aus sozial schwachen oder ausländischen Elternhäusern dominiert wurden. Hinsichtlich dieser Entwicklung wird die gegenwärtige Regierung kurz- bis mittelfristig nicht um konkrete Regelungen herumkommen, will man nicht einen gewissen Anteil der Schülerschaft verlieren.

Andererseits trifft weiterhin zu, dass Schule ein wichtiger Bestandteil von erfolgreicher Integration und Schweden hier durchaus erfolgreich ist. Im Jahr 2004/2005 hatten 16 % der Studienanfänger im Land einen Migrationshintergrund. In Deutschland liegt deren Anteil hingegen laut Deutschem Studentenwerk bei nur 8 %, wovon 43 % im deutschen System ausgebildet worden sind. Dies spricht für eine erfolgreichere Integration ins Bildungssystem in Schweden. Dennoch treten ähnliche Probleme auf wie in Deutschland. Es gab auch in Schweden analog zum Fall der Berliner Rütli-Schule Anfang des Jahres eine kurzfristige Schulschließung durch den Direktor der Gustav-Adolfsskolan in Landskrona, wo der Anteil an nicht-schwedischen Schülern bei knapp der Hälfte liegt. Der Direktor hatte dort nach einem Zwischenfall mit Feuerwerkskörpern, dem eine Reihe von Gewalttaten und Drohungen vorausgegangen waren, die Schule kurzfristig geschlossen und eine Versetzung von Problemschülern durchgesetzt. Vor allem die neue Regelung, dass Schwedisch von nun an einzige Schulsprache sein sollte, wurde landesweit diskutiert. Dies illustriert anschaulich, dass die sprachliche Integration in Schweden nicht immer wie gewünscht gelingt. Laut einer Statistik von *skolverket* erreichten im Schuljahr 2006/2007 nur 4,7 % der gesamten Schülerschaft im Kernfach Schwedisch nicht das Lernziel. Im Fach Schwedisch als Zweitsprache, das Kinder mit Migrationshintergrund anstelle von Schwedisch wählen können, waren es hingegen 21,9 %.

## Reformbedarf: Und die Politik zögert

Die Allianzregierung hatte die Bildungspolitik im Wahlkampf zu ihren Gunsten thematisieren können. Seit ihrem Regierungsantritt ist jedoch noch keine klare neue Linie in der Schulpolitik erkennbar. Dabei liegen die Reformbereiche auf der Hand: Es sind die vier Themen Segregation, private Schulträgerschaft, Berufsbildung und Lehrerausbildung. Vor allem die letzten beiden Punkte können als politisches Erbe betrachtet werden. Im Wahlkampf war deutlich geworden, dass auch unter den Gewerkschaftsanhängern von TCO und LO eine Mehrheit entsprechende Reformen im Schulsektor für unabdingbar hielt. So wurde z. B. die Überbetonung der akademischen Ausbildung durch die Sozialdemokraten innerhalb der eigenen Anhängerschaft kritisch wahrgenommen. Gegenwärtig ist es aber weder den regierenden konservativen Parteien noch der Sozialdemokratie gelungen, aus diesen Erkenntnissen ein stringentes Handlungsprogramm abzuleiten. Bisher beschränkte sich die Regierung in der Berufs- und Lehrerausbildung auf das Einsetzen von Kommissionen sowie kleineren Anpassungen und Korrekturen, deren Erfolg noch abzuwarten bleibt.

Inzwischen fordert die Opposition gestützt von der öffentlichen Meinung ihrerseits klarere Regeln für die Freischulen. Als der Ruf in den Medien nach eindeutigeren Vorgaben immer lauter wurde, ruderte Schulminister Jan Björklund zumindest teilweise zurück und stellte einen strengeren Maßnahmenkatalog mit besseren Kontrollmöglichkeiten vor. Dieser gilt allerdings nur für Freischulen, die von religiösen Trägern betrieben werden. Damit hatte man sich einen besonders umstrittenen Teilaspekt des Freischulsystems herausgesucht, an dem ein Exempel statuiert werden konnte.

Darüber hinaus traten Regulierungsprobleme vor allem bereits beim Übergang der Schüler von der Grundschule zum privaten Gymnasium auf. Einige Schulen warben mit Lockangeboten wie die Übernahme von den Kosten der Führerscheinausbildung, Reisen, Mitgliedsausweise für Sportstudios oder auch Laptops um Schüler. Hier einigten sich inzwischen die zuständigen Dachorganisationen auf einen Selbstverpflichtungskatalog zur Eindämmung solcher Praktiken, dessen Umsetzung Schulminister Jan Björklund im Notfall per Gesetz garantieren will. Zusammenfassend kann man sagen, dass Schweden und Deutschland beim Wandel zur Wissensgesellschaft vor ähnlichen Herausforderungen stehen. Sie starten aber von sehr gegensätzlichen Ausgangspositionen. Schweden hat ganz im Gegensatz zu Deutschland kein Problem mit der Durchlässigkeit des Bildungssystems. Ein Problem mit der Mitnahme aller Schüler besteht allerdings auch hier, wobei dies weniger ethnisch, als vielmehr durch soziale Segregation bedingt ist. Darüber hinaus zeigen die Schwierigkeiten mit der Qualität der Lehrerausbildung sowie die Auseinandersetzungen

um Leistungskontrollen und die Zukunft der beruflichen Bildung, dass die Sozialdemokratie in Schweden aufgrund ihrer – durchaus erfolgreichen – auf akademische Ausbildung ausgerichteten Schulpolitik den berufspraktischen Bildungsweg aus den Augen verloren hatte. Die Schulpolitik der gegenwärtigen Regierung lässt sich zurzeit noch nicht abschließend beurteilen. Sieht man einmal von einem begrenzten Neuanfang in der Berufsbildung ab, der sich am deutschen dualen System orientiert, vermittelt sie bisher eher den Eindruck eines Kurierens an Symptomen als eines offensiven Herangehens an die strukturellen Herausforderungen.

Vor allem die de facto Privatisierung der Bildung durch die Freischulen erscheint problematisch. Es bedarf verbindlicher Regelungen, welche die privaten Träger dazu zwingen, das Wohl und die Bildung der Schüler über wirtschaftliche Eigeninteressen zu stellen. Im internationalen Vergleich werden Schwedens Schüler derweil – wie die PISA Ergebnisse zeigen – nicht unbedingt schlechter, aber eben auch nicht besser. Und im Vergleich zu anderen Ländern verlieren sie an Boden. Der Schulpolitik des Landes scheint das Innovationsmoment verloren gegangen zu sein, was den schwedischen Sozialstaat in so vielen anderen Bereichen über die Jahre hinweg ausgezeichnet hat.

*Literatur- und ergänzende Angaben zum schwedischen System sind nachzufragen bei der Bundesgeschäftsstelle der eaf.*

*Peer Krumrey, M.A. Politikwissenschaften und Skandinavistik, Humboldt-Universität, Berlin, war tätig für das FES-Büro für die Nordischen Länder in Stockholm; die Friedrich-Ebert-Stiftung veröffentlichte diesen Text im Dezember 2007.*



## Weihnachtsgruß

Wir brauchen nicht so fortzuleben,  
wie wir gestern gelebt haben.  
Machen wir uns von dieser Anschauung los,  
und tausend Möglichkeiten  
laden uns zu neuem Leben ein.

*Christian Morgenstern*

Frohe und gesegnete Weihnachten wünschen wir allen  
unseren Lesern und Leserinnen und tausend Möglichkeiten  
für das neue Jahr:

Es möge sich für Sie im Familien- und Erwerbsleben als  
segensreich erweisen, Ihnen wohl tun und gelingen.

*Prof. Dr. Ute Gerhard*

*Dr. Insa Schöningh*

Jan Wulf-Schnabel

## Väter in Elternzeit – neue Bildungskonzepte: ein Forschungspraxisprojekt

Mit dem Elterngeld steigt die Zahl der Väter in aktiver Elternzeit. Aufgrund dieser Entwicklung wurde ein bundesweit einmaliges lebensbezogenes Forschungspraxisprojekt durchgeführt. Statt über Väter zu spekulieren, wurden Väter direkt nach ihren Lebenslagen und Bildungsbedürfnissen befragt und auf dieser Grundlage ein Bildungskonzept entwickelt. [...]

### 1. Einleitung und Zielsetzung

In der Vergangenheit wurde die Vaterrolle vornehmlich durch den Status des Familienernährers bestimmt. In familiären Betrachtungen wurde dem Vater eine geringere Bedeutung als der Mutter zugeschrieben. Der Vater wurde von anderen, aber auch durch sich selbst auf bestimmte männliche Ergänzungshandlungen im Familienalltag reduziert. Diese Auffassungen von Väterlichkeit geraten seit Jahren ins Wanken. Väter sollen und wollen nicht mehr rein traditionellen Männlichkeitsidealen entsprechen. Was Vaterschaft und Männlichkeit heute bedeutet, bleibt dabei diffus und dies sorgt für Verunsicherung. Klar ist allerdings, dass die Lebenslagen und Lebenswünsche von Vätern relevanter werden. Vor dem Hintergrund gesetzlicher Neuregelungen wird eine Zunahme aktiver Vaterschaft konstatiert. Während vor dem Jahr 2007 nur 3,5 % der Väter eine Auszeit für die Familie nahmen, waren es ein Jahr nach Einführung des Elterngeldes bereits rund 10 Prozent und für das Jahr 2009 werden 20 % erwartet. Bei aller positiver Einschätzung dieser Entwicklung sollte bedacht werden, dass damit immer mehr Väter im Alltag mit dem Kind allein sind und sie diese Rolle bislang nicht vorgelebt bekamen. Hier setzt dieses Forschungspraxisprojekt an. Um den Alltag von Vätern besser zu verstehen, wurden die Lebenslagen von Vätern in Elternzeit erforscht und deren Bedarfe in ein Bildungskonzept überführt. Ziel ist es, die Familienbildung stärker für Väter zu öffnen und für diese attraktiver zu machen, denn aktive Vaterschaft ist auf Orientierung, Anregung und manchmal auch auf Unterstützung angewiesen.

### 2. Vorgehen und Grundsätze

Mit dem Ansatz eines Forschungspraxisprojektes startete Anfang 2008 eine Kooperation der Fachhochschule Kiel, dem Haus der Familie Kiel und dem Deutschen Gewerkschaftsbund (DGB) in der norddeutschen (Wirtschafts-) Region KERN. Das Projekt wurde an der Fachhochschule Kiel angesiedelt. Unter der Leitung von Prof. Dr. Jack Weber wurden zwei wissenschaftliche Mitarbeiterinnen tätig, deren Arbeit von einem

Beirat kritisch begleitet wurde. Durch Einbindung des Projekts in den neuen Studiengang, Erziehung und Bildung im Kindesalter' der FH Kiel konnten auch Studierende aktiv in die Forschung einbezogen werden. [...]

### 3.1 Eckdaten

Die befragten Väter lassen sich durch folgende Eckdaten charakterisieren:

- verhältnismäßig hohes Lebensalter (36-46 Jahre),
- 50 % haben ein Kind, 50 % zwei Kinder;
- alle Väter leben in ehelicher Partnerschaft;
- die Partnerinnen übernahmen die erste Elternzeit und arbeiten nun fast alle in Vollzeit;
- geringe bis mittlere Einkommenssituation,
- 50 % sind akademisch gebildet, 50 % in beruflicher Bildung,
- 50 % sind gewerkschaftlich organisiert,
- alle Befragten sind selbst mit Geschwistern aufgewachsen, z. T. in kinderreichen Familien;
- meist haben sie einen urbanen Lebensstil,
- familiäre Netzwerke sind überwiegend nicht oder nur bedingt vorhanden.

### 3.2 Ausgewählte Ergebnisse

**Übergang Beruf – Familie:** Vormalig waren die befragten Männer im Beruf zum Teil zeitlich stark eingespannt, andere befanden sich in einer beruflichen Wechselsituation. Meist wurden kumulierende Ursachen für das ‚besondere Arrangement‘ einer partnerschaftlichen Teilung der Elternzeit angegeben, aber in auffälliger Weise spielte dabei die finanzielle Situation eine maßgebliche Rolle. Insgesamt lag der Entscheidung eine Kombination von sozialen Risiken (Arbeitsbelastung/-verdichtung, Kündigung, Berufsunfähigkeit), gleichberechtigten Paaridealen und einer hohen Familienorientierung der Männer zugrunde. Letzteres kommt immer wieder dadurch zum Ausdruck, dass sich die Väter eine bessere Vereinbarung von Familie und Beruf wünschen. Sie formulieren das starke Bedürfnis, die eigenen Kinder aufwachsen sehen zu wollen. Die Elternzeit wurde in dem Glauben angetreten, es handle sich bei der Auszeit eher um eine Erholungs- oder Selbstverwirklichungszeit. Tatsächlich erlebten die Väter den Übergang vom Beruf in die Elternzeit als Umbruch, auf den sie so nicht eingestellt waren. Zunächst mussten sie ihre Vorstellung von Elternzeit revidieren und Familienarbeit erst einmal lernen. Dies verlief nicht immer unproblematisch.



**Alltag in der Elternzeit:** Den Alltag in Elternzeit erleben die Väter als Leben in Zeitknappheit. Je jünger das zu betreuende Kind ist, desto eher beschreiben die Väter Probleme mit der Zeiteinteilung und anstrengende Alltagssituationen. Die Situationen zu Hause werden zum Teil als nicht planbar und das ‚Kind als Chef‘ beschrieben. Väter von Kindern ab dem 3. Lebensjahr sind eher in der Lage, Zeitinseln für sich heraus zu wirtschaften. Zeit für die eigene Freizeit, für Fortbildung oder für die Partnerschaft wird als knappes Gut beschrieben. Dabei wird der Umgang mit Ressourcen in der Partnerschaft als ausgeglichen empfunden. Die Partnerin steigt nach ihrer Erwerbsarbeitszeit in die Betreuung des Kleinkindes mit ein, so dass die Familie gemeinsame Zeit verbringt oder getrennte Zeit verbracht werden kann. Auf Entlastungen durch die Herkunftsfamilien können die Väter nur bedingt zurückgreifen. Der überwiegende Teil der Befragten lebt räumlich zu weit von der eigenen Herkunftsfamilie oder der der Partnerin entfernt. Auch auf soziale Netzwerke im Freundeskreis oder in der Nachbarschaft wird nicht zurückgegriffen.

**Erziehungszeit und Vaterschaft:** Väter erleben ihre Erziehungszeit im Spannungsfeld unterschiedlicher Erwartungen. Einerseits wird von Vätern eine aktivere Rolle verlangt und die Entscheidung für Elternzeit wurde von Arbeitgebern, Freunden und Verwandten überwiegend begrüßt. Andererseits wirken tradierte Vorstellungen vom Ernährerideal nach, besonders wenn der Rollentausch von Frau und Mann längerfristig vollzogen wird. Dazwischen konstruieren Väter ihr eigenes Selbstbild, mit dem sie sich auch von inaktiven Vätern und von Müttern abgrenzen. Unverständnis herrscht gegenüber Männern, die ihren Frauen die Sorgearbeit überlassen. Sie vertreten die Meinung, dass Vätern ihren Kindern zu persönlicher Zuwendung und Betreuung verpflichtet sind. Hausarbeit und Versorgung von Säuglingen wird als naturgemäß besser für Frauen geeignet beschrieben und Erziehungsstile von Müttern und Vätern würden nicht erlernt, sondern seien vorgegeben. Gerade bei der alltäglichen Haus- und Pflegearbeit traten bei einigen Männern die größten Probleme auf. In der eigenen Erziehungsrolle verstehen sich Väter oft als ‚Lehrer‘ und als ‚Spielgefährten‘. Den eigenen Erziehungsstil bezeichnen Väter als unkompliziert und pragmatisch, den von Müttern eher bestatt umsorgend. Die befragten Väter nehmen also Rekurs auf bestimmte Zuständigkeiten von Frauen und Männern, aus der eine tendenzielle Abgrenzung und Aufwertung der eigenen Vaterschaft folgt. Insgesamt bewerten Väter ihre Erfahrungen als Gewinn für das Kind und für sich selbst. Sie fühlen sich erzieherisch anders kompetent als Mütter. Darüber hinaus erwerben sie Sozialkompetenzen, deren Bedeutung weit über den Kontext von Familie und Partnerschaft hinaus reicht.

**Familienbildung:** Gegenüber Einrichtungen der Familienbildung bestehen bei den befragten Vätern unterschiedliche Barrieren. Einerseits wurde formuliert, dass kein ausgeprägtes

Bedürfnis existiert, sich mit anderen Vätern zusammen zu schließen und auszutauschen. Andererseits sind die Aktivitäten, die Väter mit ihrem Kind unternehmen, vielfältig und es bestehen vielmehr grundsätzliche Bedenken, den Einrichtungen und ihren Angeboten näher zu treten. Mit Familienbildungseinrichtungen verbinden viele Befragten einen defizitären Charakter und Hilfen im Haushalt. Ein Vater bringt diese Ansicht wie folgt auf den Punkt: »Und da ich bisher noch nicht der Meinung war, die Hilfe nötig zu haben, hatte ich sie bisher auch noch nicht in Anspruch genommen.« Ein anderer Vater geht nach eigenen Angaben ganz selbstbewusst in einen weiblich dominierten Kurs, doch scheint die Partnerin zentralen Einfluss auf die Kursauswahl genommen zu haben. Insgesamt erscheinen Einrichtungen der Familienbildung als stark weiblich konnotiert. Bei näherer Betrachtung sind eine Reihe von Wünschen und Bildungsbedarfen identifizierbar, die entsprechend der Selbstdefinition von Vätern einen hohen Aktivitätsgrad oder einen klar ersichtlichen Nutzen bzw. Wert für das Kind haben müssen. [...]

#### 4.1 Lebensweltorientierung der Familienbildung

[...] In der Geschichte der Familienbildung waren Väter eher Randfiguren, da sich die Bildungsstätten vorrangig an Mütter und ihre Kinder richteten, denen sie auch Schutzräume vor patriarchalen Gesellschaftsstrukturen boten.[...] Ob in Partnerschaft oder allein erziehend sind Mütter und Väter auf ihre Weise wichtig für die Entwicklung des Kindes. Im Kontext des sich wandelnden Familienverständnisses ist eine breitere gesellschaftliche Öffnung für unterschiedliche Familienformen und eine differenziertere Ansprache für verschiedene Familienmitglieder sinnvoll. Lebensweltorientierte Väterbildung braucht einen eigenen Ansatz. Sie braucht einen geschlechtersensiblen Blick, der Raum lässt für die individuellen Formen von Männlichkeit und nicht versucht, für Vaterschaft ein von außen definiertes Bild zu erzeugen. [...]

#### 4.3 Einrichtungsbezogene Maßnahmen

[...] Anforderungen an die Familienbildungsstätten für eine lebensweltorientierte Väterbildung sind u. a. folgende Aspekte:

- Offensive Bereitschaft zur Veränderung der gewachsenen Strukturen der Familienbildung: Väterfreundlichkeit muss sichtbar und erlebbar sein.
- Einwirken auf die politischen und sozialen Rahmenbedingungen für eine verbesserte Ressourcenausstattung der Väterbildung, hierfür sind Kooperationen erforderlich.
- Weiterte Erfassung und Einbindung der Bildungsbedarfe von Männern und Vätern durch wissenschaftliche Begleitforschung.
- Männer- und väterspezifischen Angebote, die ggf. eine neue Didaktik/Methodik benötigen sowie Ausbildung und stärkere Einbindung männlicher Kursleiter. Dafür ist ein

hauptamtlicher, fester Ansprechpartner an der Familienbildungsstätte erforderlich.

- ➔ Stärkere Vernetzung der Bildungsangebote zu Arbeit und Leben, Familie und Beruf durch Zusammenarbeit mit Unternehmen, Wirtschaftsverbänden und Gewerkschaften.

Diese Maßnahmen bedeuten eine neue gesellschaftliche Öffnung der Bildungsstätten, die durch Marketingmaßnahmen flankiert werden sollte. [...]

Die vollständige Fassung der Ergebnisse des Praxisforschungsprojektes »Lebensweltorientierte Bildungsangebote für Väter in Elternzeit«, veröffentlicht im November 2008, ist nachzulesen unter [www.vaeterprojekt.de](http://www.vaeterprojekt.de).

## + + + Nachrichten + + +

### Bundesverdienstkreuz für Brunhilde Raiser

Die Theologin und Germanistin Brunhilde Raiser (55 J.) erhielt am 6. Oktober 2008 von Bundespräsident Horst Köhler das Bundesverdienstkreuz am Bande verliehen für ihr umfangreiches Engagement in Kirche und Gesellschaftspolitik. Sie ist Vorsitzende der Evangelischen Frauen in Deutschland e.V. (EFiD) und des Deutschen Frauenrates.

In den 1970er Jahren begann Brunhilde Raiser ihr Engagement auf gemeindlicher Ebene, z. B. für die Frauen-, Senioren- und Hospizarbeit und für den Weltgebetstag. In den 1990er Jahren intensivierte sie ihren frauenpolitischen Einsatz auf Landes- und Bundesebene und wurde 1996 Vorsitzende der Evangelischen Frauenhilfe in Deutschland (EFHiD), einer der Vorgängerverbände der Ev. Frauen in Deutschland.

Der Verband der Ev. Frauen ist Anfang 2008 durch den Zusammenschluss der beiden größten bundesdeutschen evangelischen Frauenverbände – Ev. Frauenhilfe und Ev. Frauenarbeit in Deutschland – entstanden. Brunhilde Raiser hat diesen Fusionsprozess maßgeblich mitgestaltet.

Ihre Grundhaltung, dass sich Glaube und gesellschaftliche Verantwortung nicht voneinander trennen lassen, lebt Brunhilde Raiser konsequent in ihrem Engagement für die Gleichstellung von Frauen und Männern, für Chancen-, Teilhabe- und Verteilungsgerechtigkeit, für Menschenrechte, für Problemstellungen der Bioethik und der Migrations- und Integrationspolitik.

## + + Stichworte FPI 2008 + +

Ausgrenzung	Nr. 2, S. 1 ff
Arbeitslosigkeit, ALG II	Nr. 5, S. 1 ff
Arbeitsagenturen	Nr. 5, S. 1 ff
Arbeitsrecht, kirchliches	
- Familienförderung	Nr. 2, S. 7 f
Armut	Nr. 2, S. 1 ff
Bildung (Kinder unter drei Jahren)	Nr. 3, S. 1 ff
Ehegattensplitting	Nr. 1, S. 5 f
Elterngeld, -zeit	
- eaf-Stellungnahme	Nr. 2, S. 6 f
- Väter in Elternzeit	Nr. 6, S. 6 ff
Erziehung	
- in Kindertagesstätten	Nr. 4, S. 1 ff
- für Kinder unter drei Jahren	Nr. 3, S. 1 ff
Förderung von Kindern	Nr. 1, S. 5
Hartz IV	Nr. 5, S. 1 ff
Jugendhilfe	Nr. 1, S. 1 ff
Kinderarmut und Kindergesundheit	Nr. 4, S. 6 ff
Kinderbetreuung, -erziehung, -bildung	
- Gutachten Wiss. Beirat	Nr. 3, S. 1 ff
- Krippenausbau	Nr. 3, S. 6 ff
- Partizipation in Kitas	Nr. 4, S. 1 ff
- Qualität	Nr. 3, S. 1 ff; Nr. 3, S. 6 ff
- Stellungnahme Psychoanalytiker	Nr. 3, S. 6 ff
Lebensformen	Nr. 1, S. 8
Migration	Nr. 1, S. 7
Misshandlung von Kindern	Nr. 1, S. 1 ff
Netzwerke für Familien	Nr. 2, S. 5 f
Schule, Deutschland/Schweden	Nr. 6, S. 1 ff
SGB II	Nr. 5, S. 1 ff
Soziale Arbeit	Nr. 2, S. 1 ff
Sozialhilfe	Nr. 5, S. 4
Steuern, familiengerechte	Nr. 1, S. 5 f
Trennung Eltern / Kinder	Nr. 3, S. 6 ff
Vernachlässigung von Kindern	Nr. 1, S. 1 ff
Zeitstrukturen des Kinder- und Familienlebens	Nr. 5, S. 5 ff